

PRESSE-INFORMATION

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Hannover, 25. November 2009

BUND Niedersachsen klagt gegen Schweinestall bei Söhre (Landkreis Hildesheim)

„Nach sorgfältiger fachlicher Prüfung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass der Maststall unterhalb des Naturschutzgebiets „Schwarze Heide“ die Heideflächen und andere empfindliche Pflanzen und Tiere auf dem Mühlenberg erheblich durch Schadstoffe aus der Abluft des Stalls beeinträchtigt“, erläutert Stefan Ott, stellv. Geschäftsführer des BUND die Entscheidung des Landesverbandes, Klage gegen die Genehmigung einzureichen. „Die entsprechenden Grenzwerte werden nicht eingehalten, der Stall hätte vom Landkreis deshalb nicht genehmigt werden dürfen“.

Die Emissionen aus dem Stall schädigen Pflanzen, die gegenüber Nährstoffeintrag empfindlich sind, so z. B. Orchideen auf den Magerrasen des Mühlenberges. Auch die dort vorkommende Heide wird durch die Überdüngung zunehmend von Gräsern und Gebüsch überwuchert und verschwindet allmählich. Seit Jahren bemühen sich amtliche und ehrenamtliche Naturschützer um den Erhalt dieses letzten Relikts einer einstmals viel größeren Heidefläche. Erst im Oktober hatten sie den Gehölzaufwuchs rund um die Heidepflanzen entfernt. Der Einsatz wird aber vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, die Überdüngung aus der Luft zu verringern. Filtertechniken, die nicht nur Ammoniak sondern auch Gerüche und Feinstaub aus der Stallabluft zurückhalten, stehen zur Verfügung, wurden bei dem umstrittenen Stall aber nicht eingebaut, weil nach einem Gutachten des Betreibers die Umgebung nicht über die zulässigen Grenzwerte hinaus beeinträchtigt werde. Auf der Grundlage dieses Gutachtens hatte der Landkreis, trotz der Bedenken der Naturschützer, den Maststall ohne entsprechende emissionsmindernde Auflagen genehmigt. Dagegen hatte der BUND, unterstützt von der Bürgerinitiative „Gute Luft“ Widerspruch eingelegt. Dieser wurde erst im Oktober, mehrere Monate nach Inbetriebnahme des Stalls, vom Landkreis abgelehnt. Die Ablehnung begründet der Landkreis allerdings überwiegend mit formaljuristischen Argumenten; die Mühe einer nochmaligen Prüfung der kritisierten Ergebnisse des Emissionsgutachtens, hat sich die Kreisverwaltung nicht gemacht.

Um sein Ziel, den Einbau von Filtern doch noch zu erreichen, klagt der BUND nun vor dem Verwaltungsgericht Hannover gegen die Ablehnung des Widerspruchs. "Wir sind zuversichtlich, dass das Gericht unseren Argumenten folgen wird, denn wir können nun beweisen, dass die zulässigen Grenzwerte überschritten werden", so der BUND-Sprecher. Die Fachleute des Verbandes haben viele Unzulänglichkeiten im Gutachten des Betreibers aufgespürt, auf das der Landkreis seine Genehmigung stützt. „Aufgrund dessen wurden die Stickstofffrachten, die im Naturschutzgebiet niedergehen, zu gering eingeschätzt“ bestätigt Matthias Köhler, Vorsitzender der Kreisgruppe Hildesheim des BUND. So wurden Emissionen aus dem Güllebehälter nicht einbezogen, höhere Abluftschornsteine als tatsächlich gebaut angenommen, die Ausbreitung der Abluftwolke unterschätzt und zu hohe Grenzwerte bei der Beurteilung zugrunde gelegt.

Die Stickstoff- und Geruchsbelastung sollte so schnell wie möglich durch Filter verringert werden, meinen auch die Vertreter der Bürgerinitiative „Gute Luft“. „Da allerdings Landkreis und Landwirt keine Bereitschaft zeigen, die Mängel abzustellen und nicht tätig werden, sehen wir leider keinen anderen Weg, als das Verwaltungsgericht zu bemühen und die Entscheidung dort prüfen zu lassen“ so Gerd Klaaßen von der BI „Gute Luft“.

Pressekontakt
Stefan Ott
Fon +49-511-96569-13
mobil + 49-175-5650852
stefan.ott@nds.bund.net

Pressekontakt vor Ort
Matthias Köhler
Fon +49-5121 157 274
Gerd Klaaßen
Fon +49-5121-869952 / +49-163-9624614